

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pf.

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Zeilenzeile oder deren Raum 10 Reichspfennig Stellen- und Wohnungsanzeigen 5 Reichspfennig — für komplizierten Satz Aufschlag. — Kleinanzeigen: Die 10 gespaltene Zeilenzeile oder deren Raum im Satz 5 Reichspfennig

Organ der A.P.D., Bezirk Schlesien

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement bei monatlich einmaligen Einzahlungen für das Gesamtjahr 2,20 Reichsmark monatlich 20 Pfennige. Einzelnummern durch Straßenhändler und Buchhändler. — Redaktion und Geschäftsstelle: Postfach 10, Postfachstraße 544, Breslau, Provinz Schlesien.

7. Jahrgang.

Mittwoch, 3. Juni 1925

Nummer 121

Internationale Reaktion

Neues Blutbad in Wien

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 3. Juni.

In den Pfingsttagen wollte die kommunistische Jugend wie gewöhnlich ein Treffen abhalten. Nachdem dieses bereits bei der Polizei angemeldet war, melbete auch die Gabelkreuzer eine Pfingsttagung nach Prag an. Daraufhin verbot die Polizei die kommunistische Kundgebung. Trotzdem zogen die kommunistischen Jungarbeiter nach Prag. Als sie dort im Gasthof zusammen waren, rüdten zwei Lastautos Polizei und ein Lastauto mit Gabelkreuzern an und gingen mit blanken Säbeln gegen die Jugendlichen vor. Sie richteten ein fürchterliches Blutbad an. Kein einziger Jugendlicher blieb unversehrt. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt 100, darunter eine ganze Anzahl derart Verletzte, die transportunfähig sind und im Krankenhaus liegen müssen. Unter den Verletzten befindet sich eine große Anzahl Mädchen unter 14 Jahren. Die Polizei raubt den Jugendlichen zum großen Teil ihre Fahnen und Knäpfe.

66 neue Todesurteile in Bulgarien

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 3. Juni.

In dem großen Prozeß gegen Aufständische vor dem Kriegsgericht in Schumla erschienen 482 Personen als Angeklagte. Der Staatsanwalt beantragte gegen 63 Personen das Todesurteil. Das Gericht wird die Urteile heute fällen. Das Kriegsgericht in Philippopol hat 3 Kommunisten zum Tode verurteilt, weil sie angeblich an dem Attentat auf die Kathedrale beteiligt waren.

Blutige Kämpfe in Shanghai

(Eigener Drahtbericht.)

London, 3. Juni.

Die Unruhen in Shanghai dauern an. Die Polizei geht mit ungeheurer Schärfe gegen die Aufständischen vor. Gestern bildete sich ein Demonstrationzug von Streikenden unter Führung von Shanghaiern Studenten. Die Demonstranten riefen: „Töte die Engländer!“ Die Polizei griff den Demonstrationzug an. Es kam zu einem Feuergefecht, wobei 15 Arbeiter und Studenten getötet und 60 verwundet wurden. Die Erbitterung ist so gewachsen, daß der Kriegszustand über Shanghai verhängt wurde. Die ausländischen Konsule in Shanghai haben

die erreichbaren Kriegsschiffe mittels Funkpruch aufgefördert, der Stadt zu Hilfe zu kommen. Nach den neuesten Meldungen sollen verschiedene englische Fabrikanten und Regierungsbeamte überfallen und geißelt worden sein.

Verhaftungen in Ägypten

(Eigener Drahtbericht.)

London, 3. Juni.

Nach einer Meldung der „Daily News“ sind in Kairo mehrere Personen verhaftet worden, die im Zusammenhang mit einer bevorstehenden Revolte in Ägypten genannt worden sind. In Kairo wurde ferner eine Druckerpresse und viel schriftliches Material beschlagnahmt, das gegen die englische Herrschaft gerichtet war. Die englische Polizei geht mit verschärften Maßnahmen gegen die Eingeborenen vor.

Politische Massenprozesse in Polen

(Eigener Drahtbericht.)

Warschau, 3. Juni.

In Warschau sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Die Behörden behaupten, daß die Kommunisten einen Aufstand in Vorbereitung hätten. Eine revolutionäre Organisation habe 300 defertierte Soldaten nach Sowjetrußland geschickt, von wo sie nach einem dreimonatigen Unterricht als Instrukteure nach Polen zurückkehren sollten.

In Lutz hat ein Hochverratsprozeß gegen 75 Ukrainer und Russen begonnen, die beschuldigt waren, eine gewalttätige Abtrennung Wolhyniens von Polen vorbereitet zu haben.

Englischer Antikommunistentour

(Eigener Drahtbericht.)

London, 3. Juni.

Der englische Innenminister hat an alle Hotels Anweisungen gegeben, eine Liste der bei ihnen angestellten Ausländer anzufertigen und den Behörden einzurichten. Die meisten Ausländer, die in den Hotels angestellt sind, werden innerhalb der nächsten 19 Tage ausgewiesen werden. Außerdem wurde den Hotels mitgeteilt, daß von jetzt ab keine Ausländer angestellt werden dürfen. Es handelt sich bei diesem Befehl zweifellos um eine Maßnahme gegen kommunistische Angestellte, von denen man befürchtet, daß sie irgendwie mit den Vertretern der Sowjetbehörden konspirieren.

Vor Ueberreichung der Ententernote

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 3. Juni.

Der Reichskanzler sowie die übrigen Minister sind nach Berlin zurückgekehrt, da die Ueberreichung der sogenannten Entwaffnungsnote bevorsteht. Ueber den Inhalt der Note werden bereits Einzelheiten veröffentlicht, die jedoch nicht feststehen. Zweifellos werden England und Frankreich Veränderungen im Gefüge der Reichswehr, der Schiffsflotte, weitere Zerschlagung industrieller Anlagen usw. fordern. Die Räumung der Kölner Zone wird anstrengt gehalten werden und von der Erfüllung einer Reihe unangenehmer Forderungen abhängig gemacht werden.

In der Annahme der Note durch die Ententeregierung kann kein Zweifel sein. Die Hindenburg-Luther-Stresemann werden auch diese weitere Wille schänden. Das Hegegeschrei der rechten Presse, das seit Tagen heftig entbrannt ist, soll nur darauf hinauslaufen, daß irgendein ernsthafter Widerstand besteht. Nur eine „Garantie“ wird die deutsche Regierung verlangen. Darüber berichtet der Berliner Mitarbeiter der englischen Zeitung „Daily Telegraph“, daß die deutsche Regierung entschlossen sei, in einem verfasslichen Geiste zu antworten. Sie werde erklären, daß die Reorganisation der grünen Polizei, die von der Entente verlangt werde, kann durchgeführt werden sowie, wenn das auch im Falle von Aufständen und Unruhen nicht einer großen Gefahr ausgesetzt werden soll.

Auf genau denselben Standpunkt stellt sich der „Vorwärts“, der bereits in seiner Sonntagsausgabe deutlich geschrieben hat, daß man begreift, daß sich unter den Forderungen der Entente nicht solche befinden, die für die Aufrechterhaltung von Wirtschaft und Ordnung (1) gefährlich sind. Diese Konzession, genügend Rüstung für die Niederschlagung der deutschen Massen, werden England und Frankreich der Entente-Regierung gern machen. Damit ist der wahre Sinn der sogenannten „Abrüstung“, wie sie die Versämler Siegerstaaten fordern, gekennzeichnet. Sie wird keine großen Hindernisse bei

der deutschen Tourgeoisie finden. Der bereinigte Block der Monarchisten, „Republikaner“ und Sozialdemokraten wird ihr, wenn ihr obiger Wunsch erfüllt ist, zweifellos die Zustimmung geben.

Münzer-Tag in Eisleben

15000 Demonstranten

(Eigener Bericht.)

Eisleben, 3. Juni.

Unter außerordentlich starker Beteiligung der Thüringer Arbeiterschaft, besonders des R.F.V. und des Jungsturmes, fand hier anlässlich der 400jährigen Wiederkehr des Bauernkrieges ein Thomas Münzer-Tag statt. Genosse Hörnle wies auf die geschichtliche Bedeutung Thomas Münzers und auf die Zusammenhänge zwischen den damaligen und heutigen Kämpfen hin. Nach der Rede formierte sich ein Demonstrationzug, dessen Vorbeimarsch eine Stunde dauerte. Im Zuge marschierten die R.F.V., die R.Z., der R.F.V., der Rote Jungsturm, Jungpartialis, 7 Spielmannschaften sowie hunderte Frauen mit roten Kopftüchern.

Die Zahl der Demonstranten wird auf 15000 geschätzt.

Hitlers Beflechung erneut bewiesen

Französische Gelder in der „böhmischen“ Kasse

(Eigener Drahtbericht.)

München, 2. Juni.

Hitler war bekanntlich von einem Justizrat Pittlinger beschuldigt worden, daß er im Jahre 1923 seine teutale nationale Gabelkreuzer-Bewegung mit echten französischen Franken gesteuert hätte. Vor Gericht hatte Pittlinger den Wahrheitsbeweis angetreten und auch durchgeführt. Hitlers Revision wurde nun von der zweiten Instanz abgewiesen. Es ist also erwiesen, daß der Führer aller Gabelkreuzer sich mit Geldern des Scheinwandes im Oktober 1923 getraut machte.

Vom Tage

Die vor einigen Tagen ausgebrochenen Unruhen in Albanien tragen nicht, wie zuerst angenommen wurde, einen lokalen Charakter. Sie sind vielmehr der Beginn einer neuen Staatsumwälzung, die sich gegen den derzeitigen Diktator Ahmed Bey Zogu richtet. Die Bewegung im Lande ist groß.

An der Grenze von Beludschistan (Persien) haben Unruhen ausgebrochen. Die persische Garnison in Swat ist belagert und hat schwere Verluste erlitten.

Die Verhandlungen im Arbeitskonflikt in Kopenhagen sind heute morgen nach 20stündiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden. Dem Streik haben sich jetzt die dänischen Seeleute angeschlossen.

Zum 12. Deutschen Gewerkschaftskongreß in Breslau

Die Gewerkschaftszeitung veröffentlicht in Nr. 20 die offizielle Einberufung des Gewerkschaftskongresses durch den Bundesvorstand des DGB.

12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands (Zweiter Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.)

Montag, den 31. August 1925, in Breslau, im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17.

Als Tagesordnung ist vorgegeben:

1. Wahl der Kongreßleitung und der Kommissionen.
2. Bericht des Bundesvorstandes.
3. Die Sozialgesetzgebung in Deutschland.
4. Die Organisationsfrage.
5. Die Wirtschaft und die Gewerkschaften:
 - a) Die deutsche Wirtschaft.
 - b) Die Wirtschaftsdemokratie.
6. Beratung der Bundesangelegenheiten.
7. Wahl des Bundesvorstandes.
8. Erledigung sonstiger Anträge.

Der Kongreß wird am Montag, den 31. August 1925, vormittags 9 Uhr eröffnet und voraussichtlich bis einschließlich Sonnabend, den 5. September, tagen.

Die Vertretung auf dem Gewerkschaftskongreß regelt sich nach den Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Nach § 32 sind alle dem Bund angeschlossenen Verbände berechtigt, stimmbare Vertreter zu dem Gewerkschaftskongreß zu entsenden. Verbänden, die mit mehr als zwei Viertelsjahresbeiträgen oder mit Hilfsbeiträgen (§ 44) im Rückstand sind, kann durch Beschluß des Kongresses die Teilnahme oder das Stimmrecht auf dem Kongreß verweigert werden.

Auf je 15000 Mitglieder eines Verbandes entfällt nach § 33 ein Vertreter, desgleichen auf eine überschüssige Mitgliederzahl, wenn sie mindestens 5000 beträgt, Verbände unter 15000 Mitglieder können gleichfalls einen Vertreter entsenden. Die Art der Wahl bleibt jedem Verband überlassen.

Anträge an den Kongreß können nach § 34 der Satzungen von jedem angeschlossenen Verband oder einem Bezirks- und Ortsverein gestellt werden. Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder werden nur dann zugelassen, wenn sie von einem Ortsverein oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden.

Die Anträge müssen nach § 35 der Satzungen acht Wochen vor dem Kongreß, also bis zum 4. Juli an den Bundesvorstand eingereicht werden, der sie spätestens 6 Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses zu veröffentlichen hat.

Berlin, den 13. Mai 1925.

Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
Th. Leipart.

Die deutsche Arbeiterschaft wird von dieser Tagesordnung Kenntnis nehmen. An ihr fehlen die Fragen, die für die Arbeiterschaft und die Gewerkschaftsbewegung die allerbedeutendsten sind.

Wo bleibt die Frage der Gewerkschaftseinheit, die heute in der gesamten internationalen Gewerkschaftsbewegung diskutiert wird, und die bereits so greifbare Formen, wie die enge organisatorische Verbindung zwischen den russischen und englischen Gewerkschaften angenommen hat? Die gesamte internationale ist von ihr ergriffen, aber für die deutsche revolutionäre Gewerkschaftsbewegung scheint sie nicht zu zittern. Um eine Stellungnahme über die Gewerkschaftsfrage bracht sich der Bundesvorstand deshalb herum, weil seine Politik, die zu treiben er beabsichtigt, das Recht der Arbeiterschaft

Idem: Die verschiedenen Ausstellungen in der Gewerkschaftsarbeit und in sozialdemokratischen Zeitungen, die mehr oder weniger offen mit dem Ausschlag der Einigkeit und der Spaltung der Amsterdamer Internationale drohen, haben der Arbeiterkassen einen Einblick in die Absichten der reformistischen deutschen Bürokratie eröffnet. Auf dem Gewerkschaftslangjahr muß deshalb klar und eindeutig die Frage gestellt werden, um den Dunkelmannern ihre Sabotageabsichten zu durchkreuzen.

Wo bleibt die Wiederholung des 8 Stunden Tages? Die dem ADGB angehängt doch so am Verzen liegt, hat er sich nicht in jeder seiner Bundesauswahlsitzungen damit beschäftigt, wenn es galt, den Massen „Aktion“ mit Volksentscheid usw. vorzutauschen. Fürchtet der Bundesvorstand die Debatte über den Achtstundentag vor der Arbeiteröffentlichkeit? Und weiter fehlt die Behandlung des staatlichen Schlichtungswesens auf dem Kongreß. Das System der staatlichen Schlichtungs- und Verbindlichkeitsverfahren wühlt sich immer offener zum direkten Vorkriegsstand des Streikrechts der Arbeiterklasse aus. Der Kongreß als höchste Instanz der deutschen Gewerkschaftsbewegung muß zu dieser akuten Gefahr die die Grundlage der gesamten Gewerkschaftsbewegung und damit die Existenz der deutschen Gewerkschaften als Kampforgan der Arbeiterklasse bedroht, Stellung nehmen und energische Mittel zu ihrer Beseitigung beschließen.

Aber das sind Fragen des Klassenkampfes, die in der Arbeitgemeinschaft des ADGB, der reformistischen Führer nicht hineinspielen. Dafür bringt die vorgeschlagene Tagesordnung einen Punkt, der jedes arbeitgemeinschaftliche Herz mit Freude erfüllen muß. Der Punkt „Wirtschaftsdemokratie“. Wer die Debatten der Theoretiker der Amsterdamer wie Zwing und Körper verfolgt hat, weiß, was Wirtschaftsdemokratie bedeuten soll. Die Fortsetzung und Neubelebung der Arbeitgemeinschaft, die die Arbeiterklasse abgelehnt hat, mit neuen noch viel schlimmeren arbeitfeindlichen Methoden als bisher. Direkte Anteilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaft mit Investierung der Gewerkschaftsgelder in der Unternehmung der Kapitalisten mit Gewinnbeteiligung der Gewerkschaftsführer usw. — Bauer in Deutschland und Gompers in Amerika und deren kapitalistische Gesinnung sollen in Deutschland zum Spott der Gewerkschaftspolitik werden.

Deshalb fehlt auch die Behandlung des Tagesplanes auf dem Kongreß, weil sie die Verantwortlichkeit des Kampfes gegen ihn aufzeigen würde, was für die Arbeitgemeinschaft eine Unmöglichkeit ist.

Die Arbeiterkassen muß gegenüber all diesen Absichten der Bürokratie, die die enge Verbindung mit der Bourgeoisie noch immer gestalten will, energisch verlangen, daß der Kongreß in einem besonderen Tagesordnungspunkt Stellung nimmt zur Politik der Gewerkschaften und ihrer Partei. Die Forderung, Satzung und Genossen zu prüfen eine gründliche Debatte und Kritik dieser grundlegenden Fragen zu verhindern. Nachdrücklich werden sie erklären, das könne bei der Debatte über den Wirtschaftsbericht geschehen, bei dessen Umfang und Zielsetzung die grundsätzliche Debatte aber praktisch erdrückt wird. Und aus der Debatte über Politik und Inhalt der Gewerkschaften kann sich dann erst eine dementsprechende Lösung der Organisationsfragen ergeben.

Daraus kann sich bei der heutigen politischen Konstellation nichts anderes ergeben als Einbruch der Gewerkschaftsbewegung, Konzentration der organisierten Arbeiterkraft in einbreitlich kämpfend organisierte Industrieverbände und untergeordnete Verbände.

Bei all diesen Fragen soll man es nach dem Wunsch der ADGB-Bürokratie glänze, auf dem Dresdener Kongreß nicht berühren werden. Es wird deshalb reichlich, daß die deutsche Arbeiterkassen einen Schritt durch diese überflüssige Reduzierung macht. Sie muß verlangen, daß der Kongreß der Arbeiterkassen sich mit ihren Lebensfragen befaßt und diese einseitige Anpassung gibt.

Völlige Unterwerfung der „linken“ SPD in Sachsen unter die „Rechte“

23 „rechte“ Sozialdemokraten haben im neuen Bereich mit den kaiserlichen Abgeordneten gegen Kommunisten und einbedeutend „linker“ Sozialdemokraten im sächsischen Landtage die „rechte“ „linker“ Sozialdemokraten, unter Druck der Gewerkschaften, durchgesetzt.

Die Kommunisten hatten von vornherein festgestellt, daß das „linke“ und reformistische Genie der „linken“ Sozialdemokraten mit keiner Fäule zur Beseitigung der proletarischen Massen sei, daß die „linken“ Sozialdemokraten die „rechte“ Sozialdemokraten, zum Gewinn der Bourgeoisie, um höchsten Sachverstandes fürten, einander wert seien.

Die Sozialdemokratie, die geschickliche, unerschrockene, demokratische Einzelkämpferin, hat am Anfang den Arbeitern ein Bild des kaiserlichen Herrschers, der Feigheit, Dummheit, Unfähigkeit und Eitelkeit, fast ein wenig ergebendes Bild.

Jetzt und nach begangen die Massen, sich von diesem Zerfall der „linken“ Partei loszureißen und zu den Kommunisten abzumachen. Am zweiten Wahlgang zur Reichstagswahlbestimmte, daß es sich nicht an werden. Die Revolution bei den Arbeitern ist auch in diesem Sinne zu werden. Die „linken“ SPD-Mitglieder, die ihre „rechte“ Sozialdemokraten als Berater, Handlanger der Bourgeoisie und ähnlich immer haben, die großspurig den bewährten 23 Kameraden bis nach Bitter gestanden haben, diese „linken“ Kameraden auf einmal an Friedenslieblichkeit zu stellen (und in Anbetracht des Pfingstfestes) und ihren „erhöhten Feinden“ von vorgeblich der schmerzigen Hände zu retten. Die „linken“ Sozialdemokraten, die in ihrer „linken“ Haltung vom 2. Mai beharrlich über Pfingsten, Heiligen Geist, Reichstagswahlbestimmte, Gläubige, Liebe, Hoffnung, Kultur, Offenbarung und ähnliche Worte, Revolutionäre, Sozialdemokraten, Arbeiter und Bauern die kommunistische „Feindes“-Erkenntnis, aus den Reihen der „linken“ SPD, Sachsen wieder herausziehen. Sie hören:

Die einen gehören so gut zur Bewegung der Proletariat wie die anderen. Die eine Richtung ist so notwendig zur Durchsetzung und zur Erhaltung proletarischer Interessen wie die andere. Nur bei einer gänzlichen Übernahme des Sozialproletariats darf die eine die andere Richtung aufgeben, welches, im Bedarfsfall, abzuweichen“ wollen. Ganz klar, man sich nicht wieder getrennen. Die Kommunisten an die Augenblicke, die zum Zerbrechen des Gefüges führen, man nicht nur die Hände die Hände und vergrößern, daß sich eine halbe Tausend, ungeschicklich, durch seine Vorteile bezogen wird, sondern man durch einige Zusammenhalt die Kampfbarkeit zeigen. Das ist das Ziel der „linken“.

„Rechtliche“ Berater und Handlanger der Bourgeoisie zur Bewegung der Proletariat“ rechnen, das bekommen allerdings nur „linker“ Sozialdemokraten fertig.

Die „linken“ haben politische Banden gemacht. Tausende von Arbeitern haben bei den Kongressen der Partei hat

das „linken“ Rechte“, geführt vom Parteivorstand, lehren

„Die „linken“ die am Ende ihres Satzes sind, kuscheln wie dressierte Hunde. Die „linken“ jammern nur noch.

Was ist aus unserer Partei in Sachsen geworden! Welch „linken“ der Selbstzerfleischung ist hier hochgemacht! Unsere parlamentarischen Führer verloren den klaren Blick für die geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratie. Im Wahlkampf hielten sie ein Schauspiel der Zerfahrenheit mit hippokratischem Gesicht.

Eine Stunde im Ständehaus der Volksherrscher ist das erschütterndste Erlebnis, womit diese zerfahrene Zeit einen vorläufigen Menschen zu strapazieren ist. Den Vorgeschieden bey Hölle für den sozial Empfindenden, die Hölle selber für den blindergeratenen gläubigen Sozialisten. Es steht aus wie der Todestampf einer sich verbrauchenden Jahrgeneration...

Die kommunistische Fraktion zur sächsischen Verfassungsänderung

(Eigener Drahtbericht)

Dresden, 3. Juni.

Die kommunistische Fraktion des sächsischen Landtages erklärt zum Raub der Arbeiterrechte in den sächsischen Gemeinden:

Die jetzt von der reaktionären Mehrheit des sächsischen Landtages durchgeführte Verschlechterung der Gemeindeordnung ist die erste offene und brutale Maßnahme zu den von der monarchistischen Luther-Regierung angeforderten reaktionären Vorstöße gegen die Arbeiterkassen, zum Wahlrechtsraub und zur Verfassungsänderung im Reich. Sie ist die Ausschaltung der Arbeiter vom Mitbestimmungsrecht in den Gemeinden.

Das ehemals rote Sachsen geht in der Verwirklichung der reaktionären Pläne der Verwirklichung der monarchistischen Konterrevolution voran.

Unter einer in ihrer Mehrheit von den Sozialdemokraten zusammengesetzten Regierung ist Sachsen ein Vorbild der Konterrevolution. Die sozialdemokratischen Minister und die 23 Sozialdemokraten haben nicht nur die Rolle der Helfer der Reaktion, sondern die Ausführung, die Vertretung der reaktionären Maßnahmen übernommen. Sie haben in Sachsen mit aller Deutlichkeit die Rolle der sozialdemokratischen Partei als die Interessenvertreterin des Bürgertums vor der gesamten Arbeiterkassen gezeigt.

Die Gemeindeordnung, die 1923 in Sachsen angenommen wurde, wurde trotz aller Mängel die von den Kommunisten von Anfang an aufgezeigt wurden, von den Sozialdemokraten als das Fundament sozialdemokratischer Regierungskurs den breiten Massen der Arbeiter gepredigt. Sie ebnen mit dem Raub der sächsischen Arbeiterrechte in den sächsischen Gemeinden der Reaktion im Reich den Weg.

Die Verantwortung für diesen reaktionären Schandakt trägt gegenüber der Arbeiterkassen die SPD in ihrer Gesamtheit.

Die parlamentarische Opposition der Linken hat keinen weiteren Zweck als einen neuen Verzerrung der Arbeiterkassen. Die Linken haben dadurch, daß sie sich von ihren rechten Fraktionskollegen nicht organisatorisch getrennt haben, daß sie keinen wirklichen Kampf außerhalb des Parlaments gegen die Politik der Rechten und des sozialdemokratischen Parteivorstandes geführt haben, sondern daß sie die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter immer wieder an die SPD, gebunden, den 23 und dem Berliner Parteivorstand die Möglichkeit zu ihrem Arbeitererrat gegeben.

Die Linken sind vor dem Parteivorstand ständig feige zurückgewichen. Sie haben eine grundsätzliche Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiter von der Politik der sozialdemokratischen Partei verhindert. Ihre ständigen Kompromisse und Versöhnungsangebote an die 23, ihre die der rechten überreizenden Kommunionen haben die Stellung der 23 und damit der Gesamtreaktion gehärtet und gefestigt.

Die Linken sind nicht bereit zu einer grundsätzlichen anderen Politik mit der Rechten. Sie sind ebenfalls bereit zu einer Koalition mit dem Bürgertum.

Die Arbeiter Sachsen müssen bei den Auseinandersetzungen über die Verschlechterung der Gemeindeordnung erkennen, daß nur die kommunistische Partei ernsthaft und entschlossen gegen die Reaktion kämpft, daß nur die Notwendigkeit der Arbeiter die Vorstöße der Reaktion verhindern, die Konterrevolution verhindern kann.

Die kommunistische Partei fordert die Arbeiter auf, in den Betrieben und Gewerkschaften die Einheitsfront gegen die Reaktion zu organisieren. Gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern zu kämpfen um die Einheit der Gewerkschaften, um die Beseitigung dieses Landtages, für die Rechte und Macht der Arbeiterkassen.

Gottlose Aufrücker sollen walzen

(Eigener Drahtbericht)

Am 1. Juni wurden in Gelsenkirchen weitere Massen von Bergarbeitern geschändet und zwar auf der

Jede Konsolidation 27	150 Mann
Jede Konsolidation 168	75 Mann
Jede Konsolidation 349	150 Mann

„Gelsenkirchener Arbeiter“ in einem 531 Mann, darunter 29 Beamte. Am 15. 6. werden dort 700 Mann entlassen.

Der Betriebsrat erhielt von der Verwaltung ein Schreiben, indem mitgeteilt wird, daß die Entlassenen im hiesigen Gebiet Arbeit bekommen können. Die Besetzung ist erfolgt.

Zum Straßenbahnerstreik in Duisburg

(Eigener Drahtbericht)

Duisburg, 3. Juni.

Der Streik der Straßenbahner dauert unvermindert fort. Trotz der Anwesenheit der Polizei mit ungefähr 18 Streikbrechern einen Vorstoß auf 2 Stellen eingestellt hat, ist die Stimmung der Streikenden nach wie vor gut. Heute Abend findet eine Versammlung aller Duisburger Streikenden im Duisburger Gebiet mit der Duisburger-Delegation statt, in der über die Ausbeutung des Streiks auf das Duisburger Gebiet Bescheid gesagt werden soll. Die Versammlung wird stattfinden, ob der Streik auf das gesamte Duisburg-Düsseldorf-Gebiet ausgedehnt wird.

Stahlhelm als Streifbrecher

(Eigener Drahtbericht)

Salle, 3. Juni.

Anlässlich des Straßenbahnerstreiks in Salle hat der Stahlhelm folgenden Ulas erlassen:

„Auf Befehl der Ortsgruppe sollen sämtliche Straßenbahner soweit sie Stahlhelmer sind, sich noch heute bei der Direktion der Straßenbahn zum Dienstreintritt melden, andernfalls fristlose Entlassung vom Magistrat und der Ausschluß aus dem Stahlhelm Statifindet.“

Genutzt hat dieser Ulas nichts. Die Straßenbahner bleiben geschlossen im Streik.

Republikanisches

(Eigener Drahtbericht)

Potsdam, 3. Juni.

Der Magistrat von Potsdam hatte durch einen Beschluß abgelehnt, am 11. August, dem Tage der Verfassungsfeier der Republik, die öffentlichen Gebäude Potsdams zu besetzen. Sebering hatte gegen diesen Beschluß Einspruch erhoben. Dagegen bestätigte der Bezirksausschuß von Potsdam den Beschluß des Magistrats. Eine Beschwerde an das Preussische Oberverwaltungsgericht bestätigt diesen Beschluß des Bezirksausschusses. In Potsdam wird also nicht geflaggt. Dort geht der Gel des Müllers von Sanssouci am 11. August um.

Die SPD für Wucherzölle

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 3. Juni.

Im Reichswirtschaftsrat erklärte der Sozialdemokrat Coblenz, man muß die deutsche Arbeiterkassen vor einer antiagrarischen Einstellung ernstlich warnen. Die Landwirtschaft ist der erste und wichtigste Produktionszweig, der geschützt werden muß. Es geht nicht, daß man mit allgemeinen Konsumentenpreisen jeden politischen Schutz der Landwirtschaft verhindert. Das Organ der Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung“, druckt diese Neußerung Coblenz mit Wonne ab.

Kongreß der AP Englands

Genosse Stöcker spricht

London, 3. Juni.

Hier tagte der Jahreskongreß der englischen kommunistischen Partei. Er war von über 200 Delegierten besucht. Trotz strengster polizeilicher Überwachung aller Häfen, zu der sogar Unterseeboote verwendet wurden, war es dem Genossen Stöcker von der SPD und der Genossin Lehal von der APF, gelungen, an dem Kongreß in Glasgow teilzunehmen. Der Vorsitzende der APF, Harry Pollitt, stellte den deutschen Reichstagsabgeordneten Stöcker und die Genossin Lehal dem Kongreß vor. Stöcker hielt eine Ansprache in Deutsch und sagte: „Ich bin stolz darauf, daß ich mich trotz aller Maßnahmen Dohnon-Hicks persönlich begrüßen kann. Wenn Hicks denkt, daß er eine chinesische Mauer um die Arbeiterklasse eines jeden Landes errichten kann, so wird der Erfolg nur der sein, daß die proletarische internationale Solidarität hundertmal stärker wird.“ Der Saal wurde während der Rede abgeperrt. Die zwei ausländischen Genossen sind verschwunden. Die Polizei fahndet nach ihnen.

Die Lage in Marokko

(Eigener Drahtbericht)

Paris, 3. Juni.

Die Rifabnen haben an der Nordfront die Franzosen angegriffen und ihnen erhebliche Verluste beigebracht. Es gelang Abd el Krim die Eisenbahnlinie, die Marokko mit Algerien verbindet, zu erobern. Die Franzosen nehmen eine Umgruppierung ihrer Truppen vor und organisieren sich für die bevorstehenden großen Operationen. Man rechnet mit dem Angriff der Franzosen in der ersten Julihälfte. Oekern trafen bereits mehrere französische Kreuzer und zwei Torpedoboote in Salablanca ein. Die Kriegsschiffe sollen zur effektiven Blockade der marokkanischen Küste dienen.

Die Terrorherrschaft in Bessarabien

Rettet die 500 Bauerngefangenen!

Bukarest, 2. Juni. Seit einem Jahr befinden sich 500 bessarabische Bauern in den Kerker der berühmten Riffinemer Züchelle, sind den unermesslichen Folterungen unterworfen, weil sie sich gegen den Raub ihrer Ländereien durch die rumänischen Truppen zur Wehr gesetzt haben. Seit dem Jahre 1918 sind nach einer Bilanz der rumänischen Zeitungen 15 530 Bessaraber ermordet worden.

Anlässlich der drohenden Hinrichtung auch dieser 500 bessarabischen Bauern hat die Bauerninternationale an die Bauern aller Länder einen Aufruf erlassen. Er schildert die furchterlichen Verhältnisse der bessarabischen Bevölkerung unter der Herrschaft der rumänischen Herrscherregierung. Die Bauern werden zu Tausenden hingerichtet, eingekerkert, gefoltert. Wie weit diese Hente gehen, zeigt eine Neußerung von dem Führer der Nationalpartei, gewesener Minister Baida-Bojzow, im Parlament:

„Die zehnjährige Kante war schlimm, aber ein Scherz gegenüber dem heutigen Leiden der Bessaraber.“

Der Aufruf appelliert an die Bauernschaft der ganzen Welt, insbesondere des Balkans, die Sache der 500 bessarabischen Bauern nicht ruhen zu lassen und die äußerste Solidarität zu üben und sagt:

„Entretet die 500 Kampfbrüder den Krallen der rumänischen Oligarchie.“

In diesem kritischen Momente, wo es sich um das Leben einiger Hundert vorgeschrittener bessarabischer Kämpfer — Bauern handelt, muß die organisierte Bauernschaft Rumaniens, vor allem die Bauernpartei, in erster Linie für den Kampf der Abzurückenden einreten und einen entschlossenen Kampf gegen die Unterbrüder der bessarabischen Bauern führen. Brüder, Bauern aller Länder!

Auf zum Protest gegen die Herrschaft der Klasse Rumaniens!

Jurid den Boden den revolutionären Bauern!

Unabhängige Enteignung der Großgrundbesitzer und unentgeltliche Verteilung des Bodens an die Bauern!

Es lebe das Bündnis der Bauern mit der Arbeiterkassen!

Es lebe der Kampf der Bauern und Arbeiter!

Es lebe die Bauerninternationale!

Auf die „Gesellschaft der Freunde Bessarabiens“ hat einen Appell an die europäische Solidarität gerichtet, und erbat alles zu unterstützen, um den furchterlichen Mord einhalt zu gebieten.

Der Dritte Rätekongress der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Von L. F. Winow (Moskau)

Der Dritte Rätekongress der Sowjetunion vertiefte im Zeichen der wirtschaftlichen und politischen Erklärung der Sowjetmacht, des unaufhaltsam vorwärtschreitenden wirtschaftlichen Wiederaufbaues des Landes, andererseits aber in einer Atmosphäre des Vormarsches der Reaktion in fast allen kapitalistischen Ländern, der wachsenden diplomatischen und militärischen Vorbereitungen des Weltimperialismus zu einer „Abrechnung“ mit dem heute noch einzigen Arbeiterstaate.

Dem Rätekongress ging eine wüste Hege gegen die Sowjetunion nicht nur in der kapitalistischen und sozialdemokratischen Presse, sondern, was damit gewöhnlich zusammenhängt, auch in der kapitalistischen Diplomatie voran. Die jüngste Periode der Wogenhege nahm ihren Anfang mit dem englischen „Snowjow-Brief“, durch den Machdonald seinen eigenen Stütz vorbreitete, und erreichte ihren Höhepunkt nach einer wahrhaftigen Flut von gefälschten „Komintern-Briefen“ in der Kampagne, die anlässlich der Sostiner Explosion gegen „Moskau“ geführt wurde. Die jüngsten diplomatischen Produktionen dieser Kampagne stellen (schon während der Tagung des Kongresses) die Äußerungen des englischen Innenministers Hicks und des getreuen Sanchez-Bansa, der Ententeimperialisten, des österreichischen Außenministers Mataja, dar.

Diese diplomatische und Pressehege wurde begleitet durch den Bau von Küstungsanlagen längs der Sowjetgrenze, zum großen Teil unter Beteiligung und unter dem Einfluss des englischen Kapitalismus, durch die Generalstabskonferenz in Riga, durch den Plan des Verkaufes der in der Nähe der Sowjetgrenze liegenden estländischen Inseln Dösel und Dagö an England und ähnliche, offensichtlich aggressive Schritte und Pläne des internationalen Kapitals gegen das Land der Arbeiter und Bauern.

Das sind zweifelsohne Vorbereitungen eines militärischen Generalangriffes gegen die Sowjetunion, und an der Spitze dieser Vorbereitungen steht unbestreitbar der englische Imperialismus. Man würde jedoch die Gefahren überschätzen, würde man diese Symptome als Anzeichen einer unmittelbaren Interventionsvorbereitung betrachten. Hierzu fehlen sowohl die politischen als auch die ideologischen Voraussetzungen. Wie es Genosse Njatschewin erklärte, kann der englische Imperialismus heute keinen Krieg, keine Intervention wollen. Er kann es heute nicht wollen, unter den Verhältnissen der fortschreitenden Annäherung zwischen der Arbeiterschaft Englands und der Sowjetunion, um nur einen der Faktoren zu erwähnen, die auf den unbestreitbar bestehenden Wunsch des Weltkapitals, die Sowjetmacht zu vernichten, abfälschend und warnend wirken müssen. Der unmittelbare Zweck der Übung ist, entweder die Sowjetregierung zu einer unüberlegten Handlung zu provozieren und dadurch der II. Internationale Argumente in den Mund zu legen, mit deren Hilfe sie wieder einmal einen „gerechten“ Krieg unterstützen könnte, oder die Sowjetregierung einzuschüchtern und von ihr wirtschaftliche Vorteile zu erpressen.

In der kapitalistischen Presse schien gerade diese letztere Erwartung die vorherrschende gewesen zu sein. Man erwartete wohl, daß der Sowjetkongress unter dem Eindruck dieser Drohungen und Vorbereitungen ein Geständnis der Schwäche ablegen und die Bereitschaft erklären werde, auf jeden Ausbeutervorschlag des Imperialisten einzugehen.

Die Regierung und der Kongress gaben aber eine Antwort, die die Feinde der Sowjetunion nicht erwartet, jedenfalls aber nicht gewünscht haben.

Der Kongress ging auf die Provokationen nicht ein. Er war vor allem eine Demonstration gegen den imperialistischen Krieg. Die Genossen Rykow, Njatschewin und Frunse bekundeten mit begeisterten Worten den Friedenswillen der Bevölkerung der Sowjetunion. Die Sowjetunion wünscht, die friedliche Fortsetzung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und des Wertes des sozialistischen Aufbaues unter allen Umständen zu sichern, und ist deshalb mit allen Ländern zu jedem Kompromiß, zu jedem Opfer bereit, das im Interesse dieser Aufbaubarbeit liegt und der arbeitenden Bevölkerung der Sowjetunion wirklich Nutzen bringt. Hier ist aber auch die Grenze der Kompromisse gegeben. Die Sowjetmacht geht und wird nie auf Kompromisse eingehen, die der Aufbaubarbeit Hindernisse in den Weg legen.

Es wurde auf dem Kongress klar betont, daß die Sowjetregierung in ihrem internationalen Verkehr allen Verpflichtungen entsprechen will, daß sich der Regierungsapparat wie bisher auch in der Zukunft nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen wird. Der Kongress wies aber empört jede Zumutung zurück, der revolutionären Bewegung des internationalen Proletariats auch nur die geringsten Hindernisse zu bereiten.

Der Kongress war aber nicht nur eine Demonstration des Friedenswillens, sondern auch der Kraft, der Kampffähigkeit der Sowjetunion, ihres Willens und ihrer Macht, den wirtschaftlichen Wiederaufbau, den so schwer erkämpften Weg zum Sozialismus gegen jeden Angriff mit allen Mitteln zu verteidigen.

In der heutigen internationalen Lage, im wachsenden Küstungsieber der kapitalistischen Welt ist und bleibt die Rote Armee ein unentbehrliches Mittel der Verteidigung. Sie wurde nach der Beendigung des Bürgerkrieges so weit abgebaut, daß jeder objektive Beobachter sehen muß, daß die Regierung der Arbeiter und Bauern keine Angriffsziele verfolgen kann. Die Rote Armee wurde von 5 1/2 Millionen auf 1/2 Million Rotarmisten abgebaut, die Ausgaben für die Armee betragen die Hälfte der Rüstungsausgaben der zaristischen Regierung in Friedenszeiten. Aus dem Referat des Genossen Frunse geht aber auch hervor, daß die Sowjetregierung alles aufbietet, um diese Armee wirklich in einem Zustande zu halten, der ihr ermöglicht, jeden Angriff abzuwehren. Der moralische Geist der Roten Armee — das haben unlängst ausländische Kriegsspezialisten in der Presse festgestellt — ist für die Armeen kapitalistischer Länder unerreicht. Die materielle Ausrüstung macht immer größere Fortschritte.

Die Sowjetunion kann sich aber nicht auf dieses äußerste Mittel der Verteidigung beschränken. Das wichtigste Mittel der Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und der revolutionären Entwicklung, man könnte sagen, die wichtigste außenpolitische Waffe der Sowjetunion ist — ihre Innenpolitik.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau der Sowjetunion hat seit dem letzten Kongresse die größten Fortschritte gemacht. Im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Interesses des letzten Rätekongresses stand noch die Finanzpolitik, die Schaffung einer möglichen Basis überhaupt für die Entwicklung der Produktion und des Warenverkehrs. Es wurde damals festgestellt, daß der nächste Schritt des Wiederaufbaues nach der finanziellen Sanierung die Hebung der Metallindustrie sein muß. Nun konnte Genosse Dzerzhinski schon über ein — geradezu stürmisches — Wachstum der durch die Kriege am meisten verwitterten Metallproduktion berichten, das jedes im voraus aufgestellte

Programm weit hinter sich ließ. Die Metallproduktion des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres beträgt fast das Doppelte (180%) der vorjährigen. Mit Recht hat Genosse Stalin auf der Weltkonferenz der KAP die heutige Tempo der russischen industriellen Entwicklung mit dem Entwicklungstempo der amerikanischen Industrie nach dem Bürgerkrieg verglichen.

Der Finanzbericht des Genossen Sokolow, der die jährlich steigende Budgetsumme und das vollkommene Verschwinden der Notenemission hervorhob, zeigt den wachsenden Wohlstand der Bevölkerung.

Genosse Ramenew berichtete über Billigung des Kongresses über die Maßnahmen, die die Sowjetregierung zur Förderung der Landwirtschaft und damit des Zusammenschlusses zwischen der Arbeiter- und Bauernschaft ergreift.

Der Förderung des Zusammenschlusses zwischen Arbeiter- und Bauernschaft dienen gleichfalls die Maßnahmen der Sowjetregierung im Interesse des Ausbaues des Sowjetapparates, der revolutionären Gefährlichkeit, der Hineingehung immer größerer Massen der Bauernschaft in die Arbeit der Sowjets, wofür Genosse Kallinin dem Kongress Bericht erstattete.

Das unaufhaltsame wirtschaftliche Wachstum der Sowjetunion zeigt den Arbeitern, denen die Opportunisten immer einreden wollten: „Gut, eine Rote Armee, eine Rote Flotte können die Bolschewiki schon organisieren, aber bei der Wirtschaft werden sie unbedingt versagen, da ihr Wirtschaftssystem eine unmögliche Utopie ist“ — dieses wirtschaftliche Wachstum zeigt den Arbeitern, daß das Proletariat unter der Führung der Bolschewiki wirklich fähig ist, aus einer ganz zertrümmert dastehenden Wirtschaft, die es vom alten Regime übernommen hat, ein blühendes Wirtschaftsleben zu schaffen — allein, ohne Darlehenspläne, ohne ausländische Hilfe, im Gegenteil, trotz aller Hindernisse, die ihm die kapitalistische Welt in den Weg legt.

Und die ausländischen Proletarier, die diese Entwicklung sehen, die sehen wie jede wirtschaftliche Errungenschaft die Hebung des Lebensniveaus der arbeitenden Bevölkerung nach sich zieht, werden nicht bereit sein, einen Krieg gegen die Sowjetunion zu unterstützen. So hängt die Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion zusammen.

Die Disussionsredner, die sich zum Referat des Genossen Rykow zum Wort meldeten, forderten die energichste Abwehr jedes Angriffes und eine aktive Politik im Interesse der Sicherung des Selbstbestimmungsrechtes der in den westlichen Nachbarländern furchbar unterdrückten Nationalitäten. Sie wiesen darauf hin, daß die Nationalitätenpolitik Polens einen Bruch des Rigaer Vertrages bedeutet.

Angesichts der reaktionären Hege gegen die Sowjetunion führte der Kongress eine scharfe Sprache. Er betrieß keine Hintertreppendiplomatie, sondern stellte klar fest, was ist. Um die Berechtigung der Regierungspolitik zu beweisen, beriefen sich die Referenten nicht auf rein juristische Formeln, sondern auf das Verständnis der arbeitenden Bevölkerung aller Länder, deren Interesse letzten Endes jeder Schritt der Sowjetpolitik verfolgt.

Diese scharfe Sprache, zu der dem Kongress die wirtschaftlichen und politischen Erfolge der Sowjetunion das Recht geben, wird den Feinden der Sowjetunion gerade deshalb nicht gefallen, weil ihr die Erfahrung der Sowjetmacht zugrunde liegt, sie wird aber dem internationalen Proletariat gefallen, das stolz ist auf die Resultate, die der erste sozialistische Staat erzielt hat.

Ein Oberrheinwäldchen

Der Roman einer Illusion.
Von Otto Müller Götz.

12

Früh betrachtete Rosa und forschte in ihrem Gesichtsausdruck nach Aufschluß darüber, ob sie schon irgendwie kritische Stellung nehme zu ihrer sozialen Umgebung. Sollte er Symptome dafür gefunden, daß ihr werdender Charakter wenigstens im einzelnen abweiche von dem ihrer Eltern, daß sie auf diese oder jene Art in Gegensatz zu deren Weltanschauung und Lebensauffassung stehe, so hätte ihn das zu der Hoffnung ermutigt, Rosa durch eine energische Beeinflussung aus ihrem lebenserengenden Kiteau herauszureißen zu können. Freilich mußte er aus seiner geringen Lebenserfahrung, daß Mädchen und Frauen in Fragen der Weltanschauung gebogen werden können, wenn sie lieben, um aber dann, wenn diese persönliche Bindung sich löst, aber gar sich löst, meist zurückzufallen auf den alten Fled. Im besten Falle hängen sie dann noch eine Zeitlang nach der Seite hin, nach der sie gebogen worden sind.

In Rosas Gesicht aber zeigte sich jenes kindliche fromme Lächeln, in dem die Indifferenz gegenüber Lebensfragen ihre ausdrucksvollste Gestalt gefunden hat. Und nun wachte Früh ganz klar: Alle Illusionen, die ihr erster Anblick der damals erzeugte, sind in dieser Wirklichkeit hier zerfallen. Er nahm sich vor, noch eine Zeitlang zu bleiben, sich es weiter bequem zu machen, verständig zu plaudern, und sich dann freundlich zu verabschieden, um als „Freund der Familie“ gehen zu können. Jemandem werde sich, so dachte er, schon Gelegenheit bieten, wissen zu lassen, was er denke. Vielleicht würde ich mich in einem langen Briefe erklären, vielleicht werde ich ganz einfach wegbleiben. Augenblicklich hatte er noch eine Hoffnung: daß ihn Rosa zur Haltestelle der Straßenbahn begleite und er noch einige Minuten unbelangend mit ihr plaudern könne. Das wäre wenigstens noch eine kleine Freude nach diesem von den Eltern vollständig „verwürgten“ Zusammensein.

Doch diese magere Hoffnung starb auch in der Atmosphäre der Bergerischen Kleinbürgerlichen Anstandsgriffe. Rosa durfte zwar mit zur Haltestelle gehen, aber nur in Begleitung der Frau Berger. Anders „Schilde“ es sich ihrer Ansicht nach nicht. Nichts desto weniger verabschiedete sich Frau Berger feierlich von ihm und lud ihn unter größter Ehrerbietung ein, die Familie doch bald wieder mit seinem Besuche zu beehren. Als Rosa nachfragte, ob Früh nächsten Sonntag wieder kommen wolle, wurde ihm ein „Nein“ mit dem größten Nachdruck entgegengebracht.

Mutter Rosa ins Wort fallen, aber Früh entgegnete schlafartig, schnell, scherzhaft: „Ich werde spätestens im Verlaufe der nächsten drei Monate einmal wiederkommen.“ Damit erreichte er Rosa ungeheuer und sie zog schon ein finstres Gesicht und wollte fragen, ob er das im Ernst meine, da aber Früh die Straßenbahn heranzog. Früh stieg flink ein, winkte noch mit dem Hute und ging dann in das Innere des Wagens. Durch die Wagenfenster sah er noch Mutter und Tochter sich wenden und nach Hause gehen.

Rosa hatte sich durch diese merkwürdige Drohung doch erheben lassen und war sehr traurig. Wenn sie auch nicht im Ernste annehmen mochte, daß er erst nach vielen Wochen wiederkommen werde, so hatte es doch genügt, sie in düstere Gedanken zu stürzen. Es fiel ihr ein, daß er heute nicht freundlich zu ihr gewesen sei und fast gar nicht mit ihr, sondern immer nur mit ihren Eltern gesprochen habe. Es erschien ihr nunmehr auch als sei sie heute viel mehr als Kind behandelt worden, als er das am ersten Zusammensein getan. Kurzum, es gab für Rosa allerlei Anhaltspunkte, die ihr sagten, daß sie Grund habe, unzufrieden zu sein. Noch auf der Treppe fiel ihr ein, daß sie eigentlich zu Ella gehen könne, die doch nichts von diesem Besuche wußte und der es zu erzählen, jetzt die beste Gelegenheit sei. Vielleicht, ahnte Rosa, daß sie dabei Erleichterung von ihren bedrückenden Gefühlen finden könne. Da Frau Berger es für ganz gut hielt, daß sie jetzt ein Stündchen mit allein sei, um über Seidel sich auszutauschen, ohne daß Rosa „jedes Wort höre“, so stellte sie ihrem Wunsch keinerlei Hindernisse entgegen. Sie eilte also zu Ella, und ihre Eltern zu Hause mit Eifer „den Fall“ besprachen und versuchten, die Familie in ein „geregeltes Verhältnis“ zu Früh Seidel zu bringen, denn man mußte doch wissen, wie man sich ferner zu verhalten habe. Es handelte sich doch noch immer um das Glück Rosas, über das zu wachen der Eltern heiligste Pflicht sei, wie Frau Berger sich ausdrücken pflegte.

Früh Seidel stand an diesem Abend im Mittelpunkt einer lebhaften Debatte der Eltern, denen er doch nicht so unbedingt gefallen hatte. Wie man sich als Gast und als so junger Mensch erdreisten konnte, seine Ansichten so hervorzuführen, das „verstand“ Frau Berger nicht. Jedoch wurde das Thema an diesem Abend nicht erköpft, weil er so wiederkommen und man also Gelegenheit haben werde, ihn sich „noch genauer anzusehen und zu erfahren, was an ihm ist“. Je mehr aber nun die Zeit verstrich, in der Früh nichts von sich hören ließ, desto heftiger wurden die Debatten, die bei verschiedenen Anlässen zum Ausbruch kamen, wenn sich zum Beispiel Rosa unter dem Vorwand beschäftigte oder gar den Versuch machte, sich mit ihm zu treffen. Mit ihm aber Rosa, die sich für

Berger entschieden, daß nicht sie es gewesen sei, die „den albernem Kerl hergeschleppt“ habe, womit sie Rosa ein abgeben wollte, und daß auch sie es nicht gewesen sei, die mit ihm „als mit dem zukünftigen Schwiegerjohn“ geliebäugelt habe, wußte sie Emil zu ärgern verstand. Und mit großer Energie verlangte sie, man müsse endlich alle Beziehungen mit ihm abbrechen und das ihm dadurch wissen lassen, daß man ihm den Brief und die geschenkten Bücher zurückschicke, wobei man nicht versäumen dürfe, ihm auf einem beigelegten Zettel „die Wahrheit“ zu sagen. Rosa wogte Einpruch dagegen, weil sie den Brief und die Bücher gern behalten wollte als ein „schönes Andenken“. Aber ihre Mutter erklärte ihr: „Das gibts nicht, das gehört sich nicht, ein anständiges Mädchen hebt sich von einem solchen albernem Kerl überhaupt keine Andenken auf, noch dazu, wo er ein Koter ist.“ Das Ergebnis dieser Debatte war schließlich, daß Emil den Auftrag erhielt, sich zu überlegen, was man ihm schreiben wolle. Emil hatte ja bei der Arbeit Zeit, darüber nachzudenken. Indessen gelang es ihm nicht ohne weiteres, etwas zu finden, was den Beifall seiner Frau fand, bis er endlich eines Abends auf dem Nachhauseweg ein Saß fand, den er für sehr treffend hielt und der dazu auch den Beifall seiner Frau fand. Vor allem lag hier, wie immer, in der Kürze die Würze. Es wurde also geschrieben: „Geehrter Herr! Da meine Tochter aus der Schule gekommen ist, und sie die Kinderstube ausgezogen hat, unterlasse ich nicht, auch Ihnen die Kinderstube zurückzuschicken, die meiner Tochter von Sie geschickt worden sind. Emil Berger und Frau.“ Im übrigen waren sich die Eltern darüber einig, daß Rosa keinen „Raten“ wieder bringen dürfe, weil „an denen nichts ist“.

Freilich kam Rosa selbst nicht so leicht darüber hinweg. Sie hatte noch lange schmerzlich gehofft, Früh schreiben oder kommen. Sie hatte auch daran gedacht, ihn zu dem „Familienabend“, der etwa vier Wochen nach seinem Besuch bei Berger stattfand, brieflich einzuladen und auch einen diesbezüglichen Vorstoß bei der Mutter unternommen. Dabei hatte Rosa aber schwere Vorwürfe bekommen, weil sie „charakterlos“ sei und nicht wisse, daß ein anständiges Mädchen einem Herrn nicht nachlaufe“. Unmühsam verfiel Rosa darauf, mit den drei Monaten zu rechnen, in deren Verlauf er ja nach seinen eigenen Worten hätte wiederkommen wollen. Denn sie konnte sich noch nicht vorstellen, daß ein Mensch, der so freundlich und lebenswürdig zu ihr gewesen war, wegbleiben konnte und nun alles aus ihr sollte. Da aber diese Hoffnungen keine Nahrung fanden, stürzte sie mit der Zeit doch, zumal Rosa mit Freisehigkeiten einem neuen „Ereignis“ zusteuerte: ihrer Konfirmation.

(Fortsetzung folgt)

Dr. Thiele und das System

Den ärztlichen Seite wird uns geschrieben. Die grauenhaftesten Zustände in den Untersuchungs- und Strafgefängnissen. Die zügelte vor dem Höllenloch, was nicht reflexlos aufgedeckt, sondern nur lüsterig angestrichen werden, und die mittelalterlichen Geheimnisse des Wohlhabensministeriums, die den Gerichtsarzt zur Veragung der Wahrheit zwingen, haben jetzt auch einige demokratische Kräfte zu Protesten veranlaßt. Nun da die Demokraten erkennen, daß sich die Machtmittel dieser ihrer demokratischen Republik auch gegen ihre eigenen Freunde richten können und richten werden - bringt doch ein Wiking-Blatt schon das Weisheit aus der Kumpellammer des Marsmars. Gegen Demokraten haben nur Soldaten! - nun bemerken sich die Herren Bernhard und Konforten höchstpersönlich in Zeitartikeln, um anzudeuten, daß es sich beim Falle Thiele und vielleicht sogar auch bei anderen Fällen nicht nur um Kunstfehler der Gerichtsarzte, sondern auch um das System, das heißt um die zufällige Beeinflussung dieser Beamten durch hohe Justiz- und Medizinische Kreise handelt.

Auch in der feindlichen Presse, die seit Jahren nach den Erfahrungen unzähliger politischer-proletarischer Gefangener von dem weichen Terror in den Justizhäusern und Untersuchungsgefängnissen berichtet, muß noch einmal auf Einzelheiten dieses raffiniert arbeitenden kalten Hinrichtungsapparates eingegangen werden. Der berühmte Geheimrat, der auf Ministerialrat Dr. Krohne zurückgeht, ist schon seit Jahren der Arztkammer bekannt, wird jetzt erst aus der Justizkammer hervorgeholt und in der Berliner Justizkammer, wenigstens ausgedehnt, veröffentlicht. Darin steht klar und klar, und für jeden Gerichtsarzt, der nicht aus Angst und Furcht entlassen werden will, sehr deutlich zu lesen, daß die Amtsärzte bisher in unangebrachter Milde (!) zu häufig bei Beschuldigten geistige Minderwertigkeit, Verhandlungs- und Haftunsfähigkeit beigegeben haben. Das müßte ganz anders werden! Wenn die Gerichtsärzte bei und psychischer (!) untersuchen, werden sie häufiger die defizienten Einflüsse erklären und völlige Gesundheit der Häftlinge feststellen können. Damit würden sie ihrer Hauptaufgabe, Gehilfe des Richters zu sein, noch besser als bisher gerecht werden. Warum aber hat die Justizkammer als berufene Vertreterin der ärztlichen Interessen bisher nicht kräftig zu diesem von früheren Vorgesetzten diktierten Nachwort Stellung genommen? Und auch jetzt wird die Anordnungsverordnung noch kommentarlos abge-

druckt. In der Berliner med. Wochenschrift" verliert noch ein Mitarbeiter v. d. B. zwischen dem "rechtmäßigen" Erlaß und dem Protest des "Vereins Sozialistischer Ärzte" hin und her zu launieren, während es doch den Herren mit dem Herdentum, auch einmal anstünde, frei nach Gutten, der's genügt hat oder frei nach Verlichtungen ein kräftig Wörtern zu sagen. Aber nein, die "Praktiker", die Befehle der Wirtschafschon und Duden und rüffeln nicht, nach dem Vorbild der "Göttinger Steben", ihre honten Posten und Stellungen einzuhalten. Denn es drohen den Gerichtsarzten, die nicht den Erwartungen der Behörde entsprechen, die schwarzen Listen des Staatsanwalts, das heißt die Entlassung, wie es Rechtsanwalt Brandt in der "Strafrechtlichen Vereinnung" ausführte.

Mutiger als die schneidigen Gerichtsarzte haben sich im Verlaufe die nicht fassungsstabilen Krankenwärter benommen, die trotz drohenden Abbaus mit ihrer Ansicht über das System und seine Marionetten nicht hinter dem Berge hielten. Die Entschuldigung der Amtsärzte "nach Vorschrift" gehandelt zu haben, genügt hier nicht, wo es sich noch um viele Menschenleben handelt und gehandelt hat. Die Ärzte machten sich vor der ärztlichen Wissenschaft und ihrem Gewissen, die ihnen angeblich doch unantastbare Heiligwörter sind, passiv und allzu schuldig. Denn sie haben durch ihre Besäumnisse und Kunstfehler, von denen oft genug hier die Rede war, noch aus eigenem dazu getan, um den Tausenden proletarischer Gefangenen das Gefängnis zur Hölle zu machen. Dr. Thiele selbst hat in seiner besseren Zeit einmal in einem wissenschaftlichen Beitrag bewiesen, daß die heutigen deutschen Strafanstalten Bruchstätten der Tuberkulose seien. Nach einigen Wochen widerrief er lüchlich, wohl auch auf den Wind mit der Entlassung. Es ist uns wohl bekannt, daß derselbe Dr. Thiele früher in einigen besonders schweren Erkrankungsfällen die Haftentlassung befürwortete; seit jenem Geheimratshes bestätigte er zwar die Krankheitsbefunde der Justizärzte, hält aber die Schwerekranken dennoch für haftfähig. Auf Befehl! Ist da die Mitwirkung eines Arztes nicht ganzlich überflüssig, ja sogar großer Anflug? Die Justizorgane dieser Demokratie seien wenigstens offen, wie sie es in zaristischen Kerker waren. Da quälte man die Gefangenen schnell zu Tode und verdeckte sich nicht hinter wissenschaftlichen Gutachten. Der Gefängnisarzt wurde doch nur etwas offener als heute, zu den Marterungen zugezogen, um die Marterfähigkeit zu beigegeben, wie aus dem berühmten Prozeß gegen die "Heute des Jaren" (Bolschewik, im Neuen Deutschen Verlag-Berlin) in aller Kraßheit hervorgeht. Auch Dr. Thiele'ski unterschuldigte sich mit den "Botschaften", keine Opfer aber waren, als er vor dem Revolutionstribunal

stand, längst vermodert. Die Opfer des heuligen Systems der Gutachten leben zum Teil noch und können noch gerettet werden, wenn alle, die es angeht, die Hand- und Kopfarbeiter, sich zu ihrer Befreiung zusammenschließen.

In dem Leipziger Spiegelbogen hat wiederum Dr. Thiele zulammen mit einem Gerichtsarzt Dr. Schütz-Gebhard unter Ablehnung jedes psychiatrischen Autoritäten Gutachtens den staatsanwaltlichen Kronzeugen Neumann, der schwerste De-lastungs- und Persönlichkeitsfehler aufweist, für vollkommen gesund und trotz epileptischer Anfälle für verhandlungsfähig erachtet, und damit die wissenschaftliche Grundlage für drei Todesurteile und langjährige Zuchthausstrafen geliefert. Auch diese Gutachten sind gemäß der Aussagen Dr. Thieles vor dem Höllen-Ausschuß auf Befehl oder wenn man will unter Entlassungsdrohung zustande gekommen. Wie der Untersuchungsrichter den Ruffen Stobleski beim Verhör unter das Fallbeil stellte, so stand auch der Gehilfe des Richters, der medizinische Gutachter, unter der trockenen Quillotine der Existenzlosigkeit. Solche erzwungenen Gutachten sind null und nichtig! Dr. Thiele kann sich rehabilitieren! Er widerrufe offen, was er bereits andeutungsweise getan hat! Der Gehilfe des Richters" möge sich nicht noch zum Gehilfen des Scharfrichters!

Darüber hinaus muß die Arbeiterschaft und alle ehrlich denkenden Menschen die Nachprüfung aller gerichtsarztlichen Gutachten der letzten Jahre verlangen; ferner die Untersuchung aller Inhaftierten durch sachverständige Ärzte, die das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung genießen; die Ungültigmachung des Marter-Erlasses und die Bestrafung seiner Urheber. Weiter die Anstellung volkstümlicherer Ärzte in genügender Zahl für den Dienst in den Strafanstalten. Auf 50 Gefangene komme ein Arzt, der bei der modernen psychologisch-sozialen Auffassung von Verbrechern ein genügendes Arbeits- und Forschungsgebiet finden kann. Durch solche Anstellung würde auch der Berufsnot der werktätigen Ärzte einigermaßen gesteuert werden.

Wauter und immer lauter muß aber nunmehr der Ruf aus allen Schichten des Hand- und Kopproletariats ertönen: Macht ein Ende mit der Kulturschmach dieser "geordneten Rechts-pflege" und dieser "voraussetzunglosen Willkürschaft!"

Heraus mit den volkstümlichen Gefangenen aus den Kerker der monarchistisch-kapitalistischen Republik!

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Verleger: Arthur Müller, Breslau. Verlag: Schleichsche Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Peunag-Berlin, Rudersdorferstraße Breslau.

Liebig-Theater

Monat Juni 1925
Täglich 8 Uhr Täglich 8 Uhr
Gastspiel
Hartstein
und Gesellschaft
Der unermüdete
Goldbetenwärter
Der Stoiz 3. Kompagnie
Bisher über 2000 mal aufgeführt!
Duo und Wegna
Der Straßenkünstler
Herrmann Meßtram
Hickey's Circus
Ungarischer Zirkus
Tanzgastspiel Blinowa u. Worsatow
und Senta Korn
Witaly Drime
Spanische Operette
„Die goldene Spinne“
Jaliski und Worsatow
Mensch oder Affen?
Die weltberühmte Menschheit
Bravüßte Sommerzeit!

Öffentliche Bekanntmachung von Breslau.

Im Monat Juni 1925 sind an die Städtischen Steuerzahler zu entrichten:
1. Bis zum 10. Juni
a) Vorauszahlung auf die nach dem Ertrage zu entrichtende Gewerbesteuer für den Monat Juni von allen Gewerbetreibenden, die zu monatlichen Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer verpflichtet sind.
b) Schuld für den Monat Juni von Beitragszahlern und zwar die vom 1. Juni 1925 ab geltenden erhöhten Beträge) unter Vorlegung des Zahlungsbogens für 1925. Bis zum 10. Juni ist die Zahlung eingezogen.
2. Bis zum 10. Juni
a) Städtische Grundvermögensteuer.
b) Grundsteuer für die Häuser.
c) Haussteuer (200% der städtischen Grundvermögensteuer).
d) Haus- und Grundsteuer.
e) Grundsteuer für den Monat Juni.
Breslau, den 1. Juni 1925.
Städtische Steuerkasse.

Stets gut und billig
kaufen Sie im
Konfektions-Haus J. Grube
Waldenburg, Freiburger Str. 4
Spezial-Geschäft für Herren- und Knaben-Konfektion
Berufs-Bekleidung

Neuer Deutscher Verlag Berlin
Zweigniederlassung Schlesien, Breslau, Gartenstraße 46
JIM DOLLAR:
MESSMEND
oder
Die Yankees in Leningrad
Gesamtausgabe
ist soeben erschienen
Groß-Oktav, 192 Seiten, Preis nur 1.50 Mark
Der Verlag ist den vielfachen Wünschen der Leser nachzukommen und hat die bisher in Heftform erschienene Erzählung Jim Dollars in einem Band herausgegeben.
Zu beziehen durch alle Kolporteur.
Wo nicht erhältlich, wende man sich direkt an den Verlag.

Beste Empfehlungen
Deutscher Begräbnis-Vericherungs-Verein
Eig. Berlin. Unter Reichsaufsicht. Wertbeständig

Kapital zur Bestattung sofort verfügbar
Eine günstige Versicherung. Beitrag-Leiter fängend 10 Jahre, dann beständig. Nach Zahlung von nur einer Prämie unbegrenzter Lebensschutz und die Versicherungsumme. Anwartschaften werden gebildet. Beiträge vom 7-80. Lebensjahre. Beste Empfehlungen, jederzeit unwillkürliche Entlassungen.
Verlangen Sie kostenlos Zusendung unserer ausführlichen Schriften oder Vertreterbesuch.
Bestattungsanstalt vorm. C. Seymann
Inhaber: Max Casparus
Breslau 2, Kaiserstraße 95/97
Telefon Nr. 170
— Zwischstraße Straßener Straße 67 —
Eigener Bestattungsbetrieb. Überführungen. Feuerbestattungen.
Geschäftsstelle für Breslau
und Hauptgeschäftsstelle für Oberschlesien.
Zahlreiche freiwillige Dankbesuche

Berichtungsstaltenet.

Kommunistische Jugend
Breslau. Der Gesamtstellabend fällt heute Mittwoch aus. — Alle Genossen, die Mitglieder des Roten Jungmanns sind, versammeln sich heute abend 7.30 Uhr im „Feldschützen“.
Jung-Spartakusbund
Breslau. Wir treffen uns Donnerstag, nachmittags 5 Uhr im „Münsterberg“. Wir müssen erscheinen. Mitglieder müssen mitbringen. Wir gehen dann anschließend noch ins Freie. — Abends (Breslau 40 Uhr) hat der Bund unter 4 Jahren nicht mitbringen.
Andere Organisationen
Freitag 1. Schl. Freie Kasser- und Interpol-Hotels. Mittwoch, den 3. Juni, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Saal der „Koffnung“. Jedes Mitglied muß erscheinen.
RFB. In Zukunft haben alle Mitteilungen über Disziplinverletzungen nur im Berichtungsstaltenet zu erscheinen.
— Gruppe Zentrum. Alle Kameraden treffen sich Mittwoch, den 3. Juni, abends 7.30 Uhr, Salla Zwick, Krullstraße 6. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.
IAH. Sommerfest betr. Noch immer fehlen eine ganze Anzahl Kinder der Reigenaufführung der Kinder am 4. Juli, ja es anzunehmen, als sei es unter den Genossen bis heute noch nicht bekannt gemacht, daß zu dieser Veranstaltung ungefähr 80-100 Kinder gebraucht werden. Die Eltern der Kinder finden Mittwoch und Donnerstag nachmittags 5 Uhr auf dem Spielplatz des Schützenwerder Platz. Wir eruchen alle Genossen, zu dieser Zeit bestimmt ihre Kinder zu schicken.

Sie müssen inserieren
wenn Sie auf Arbeiterkundschaft reflektieren!
Verlangen Sie Vertreterbesuch durch die Expedition
Breslau, Trebnitzer Str. 50

Wir empfehlen unsere
Druckwaren
zur Anfertigung und billigen Preisberechnung von
Plakaten
Briefbogen
Rechnungen
Flugblättern
Programmen
Eintrittskarten
und alle anderen Druckfachen
*
PEUVAG
Papier-Druck- und Verwertungs-Gesellschaft
Berlin
Filiale Breslau
Trebnitzer Straße Nr. 50

Alle Magen-Nerven-Sallensteinleiden
„Gesunden bestimmt“: Dr. med. G. Campe, G. m. b. H., Magdeburg A. 999
Krankheit angeben. Inhalt auf den Packungen abgedruckt. Verlangen Sie sofort Proben und Broschüre kostenlos und franko



Betrieb und Werkstatt

Zwei Mark Lohn für 14 Tage Leben

Oberschlesische Eisenindustrie, A.-G., Gleiwitz.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Vor uns liegen zwei Lohnbeutele zweier jugendlicher Arbeiter des bekannten oberchlesischen Arbeitshauses "Oberschlesische Eisenindustrie, A.-G., Gleiwitz".

Der eine Lohnbeutel gehört dem 15 Jahre alten Arbeiter S. R. und steht folgendermaßen aus:

Zäckfabrik 2. Gehalt am 19. 5. 25.

Rest aus Vormonat lt. einliegender Abrechnung 1. M. 1. M. 2. M.

insgesamt 2. M.

Drahtwerke der Oberschl. Eisen-Industrie A.G. Gleiwitz.

Der zweite Lohnbeutel, Eigentum des 16 Jahre alten Arbeiters J. R., zeigt folgendes Bild:

Hammer-Reiten. Gehalt am 19. 5. 25.

Rest aus Vormonat lt. einliegender Abrechnung 1.81 M. 1. M. 3. M.

insgesamt 4.80 M.

Drahtwerke der Oberschl. Eisen-Industrie A.G. Gleiwitz.

Beide Jungarbeiter haben also am 19. Mai diese Beträge erhalten und müssen damit sage und schreie 14 Tage leben! 14 Tage arbeiten! und auch noch 14 Tage ausruhen! Denn die nächste Lohnung ist erst am 4. Juni!

Bei dem "Lohne" des Arbeiters J. R. sind in der vorerwähnten Summe von 4.80 M. auch noch 1.81 M. vom Vormonat (also April) einbezogen.

Zunächst derartig handeltliche Entlohnung erübrigt sich wohl jeder Kommentar!

Man sollte diese Lohnbeutel nehmen und als höchstes Dokument dieser Republik anschlagen, in allen Weinstuben, Pöbblen und Bars, dort wo Hunderte verstopfen und verpasst werden, man sollte sie auch anschlagen an allen Regierungen- und Staatsgebäuden, als drohenden Vorwurf jener Elenden, die einst erwachen werden und nach dem Tag der Rache rufen.

Zeitmäßig zu bezahlende Überstunden werden nicht bezahlt!

Ges. Barack, Breslau.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Unser erster Betriebsrat hat eingeschlagen. Er hatte dieselbe Meinung als wenn ein Fuchs in den Hühnerhof einbricht. Wie sich dort am wilschen der Jahr gebietet, so hat sich hier die Geschäftsleitung herum. Natürlich erfolglos. Durch Heranziehen von "verdächtigen" Angestellten. Ausschaltung von Spionen wurde die bösewärtige Reimelle (du, hu!) nicht entdeckt. Die Aufsichten sind müde. Sie laufen mit lauten Gesten herum. Bei dem übrigen Personal hat der Artikel allgemeine Genehmigung ausgelöst. Einige hätten es lieber gesehen, wenn der Artikel in dem "Ständischen Generalanzeiger" erschienen wäre.

Nach dem noch gültigen Tarifvertrag muß die Firma für die meiste Stunde am Tage ein Zweihundertstel des Monatslohes zahlen. Für die weiteren Überstunden auch je ein Zweihundertstel plus einem Zuschlag von 25 Prozent. Aber dann kehrt sich wieder die Geschäftsleitung noch unternimmt unser Betriebsrat energische Schritte, daß der Tarif eingehalten wird. Nur den wenigen Kolleginnen werden die Überstunden bezahlt, die auf das vertraglich festgelegte Ansehen stehen.

Bei Vorbereitungen zu Ausverläufen, bei Ausverläufen selbst, müssen manche Abteilungen Überstunden leisten, ohne einen Pfennig Bezahlung zu erlangen. Im Gegenteil, diese Mädchen von Herrn Böhm und seine Schwestern müssen Kolleginnen einheimsen, wenn sie eine Viertelstunde früher aufhören als es die Aufsicht bestimmt. Am schlimmsten aber ergeht es den Ausschüßverkäuferinnen. Diese oft schon monatelang arbeitlos gewesenen Kolleginnen "dürfen" bis in späte Nachtstunden hinein arbeiten, ohne fünf Pfennig mehr zu erhalten.

Hier ist es Aufgabe der Betriebsleitung des ZWA, grundsätzlich einzugehen. Die Angestellten selbst aber müssen mehr zusammenhalten und ihre Rechte fordern. Denn von ihnen werden sie auch Pflichten verlangen.

Die große Mehrzahl hat aber aus Furcht vor Schilanz keine Courage, das tariflich Zustehende zu verlangen. Darauf reißt die Geschäftsleitung.

Unsere noble Firma

Firma Gärtner, Schönthal bei Sagan.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Die Robuste, welche die Firma Gärtner in Schönthal der Stadt Sagan gegenüber zeigt, ist ja dem Leser aus dem Bericht der letzten Saganer Stadtverordnetenversammlung bekannt. Wir werden jetzt einmal die Robuste der Firma ihren Arbeitern gegenüber beleuchten. Die Robuste ihrer Daten ist genau die, daß sie halbtägige Arbeiterlöhne für wenige Pfennige bei sich arbeiten läßt und ihnen das letzte bißchen Brot, das sie noch in ihren Knochen haben, bezuzuzieht. 16 bis 17-jährigen Mädchen zahlt die Firma den fürlichen Stundenlohn von 16 Pf.

Frauen erhalten 25 Pf. die Stunde. Beide Kategorien dürfen dafür aber auch 25 Stunden am Tage leisten. Außerdem haben sie noch die Berganfertigung, sich das gültige Erlaubnis des Inspektors einholen zu dürfen, wenn sie einmal menschlische Bedürfnisse zu verrichten haben. Wer ohne diese Erlaubnis seine Bedürfnisse befriedigt, bekommt zu seinem hohen Stundenlohn noch einen wichtigen Anreiz als Sprödevergütung. Sprechen während der Arbeit ist verboten usw. Warum soll man sich denn nicht mal nobel zeigen können? Aus den Knochen der weichen Arbeiter ist ja alles wieder herausgesaugt. Nicht wahr, werde Firma Gärtner?

Wir fragen das zuständige Jugendamt, ob es erlaubt hat, Schulkinder zur Arbeit heranzuziehen? Wir verlangen, daß man leiten der Behörden sofort Schritte unternehmen werden, welche diese Anwesenheit schulpflichtiger Kinder untersagt. Der Eltern

diesen Kinder rufen wir zu: Kämpft mit uns für menschenwürdige Löhne, damit ihr es in Zukunft nicht nötig habt, prächtigeren Unternehmern eure Kinder als Ausbeutungsobjekte zu verkaufen!

Den Arbeitern des Betriebes aber rufen wir, ihren Ausbeutern die Zähne zu zeigen, sich zu organisieren und nicht als willenlose Sklaven sich behandeln zu lassen.

Hauptfache Profit

Baufirma Möbler und Zerbe in Gottesberg

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Auf der Schützenstraße, Reichen-Häuser führt obengenannte Firma einen Hausbau aus. Aus purer Gewinnsucht preißt der Baumeister auf alle Bauvorschriften.

Der Graben um das Haus, welcher zur Anbringung der Isolierung ausgeworfen wurde, steht offen. Sämtliche Lächer wie im Kellergehöck so auch im ersten und zweiten Stock sind weder zugedeckt noch durch eine Geländer geschützt. Die Leiter im ersten Stock steht einfach auf einer Bohle, kann also leicht durchschießen und den Arbeiter mitreißen. Die Dachdeckerarbeiten wurden ohne Fanggerüst ausgeführt. Das Klosett besteht lediglich aus einer Grube, einer Platte und einigen stehenden Schwarzen. Ein Dach ist nicht vorhanden, so daß ein vom Bau hürnder Stein genügt, um den gerade austretenden Kollegen zu treffen.

Gegenwärtig steht der Bau.

Anfang Mai verunglückte auf diesem Bau ein Lehrling, indem er zehn Meter herabstürzte und sich Arme und Bein brach. Trotz diesem Warnungsbeispiel werden die Sicherheitsvorschriften nicht befolgt, denn die Hauptfache ist der Profit!

Für die Prokuren dieser Firma aber sollte es die Hauptfache sein, dafür zu sorgen, daß ihr Unternehmer nicht mehr mit Gesundheit und Leben der Arbeiter spielen kann.

Die SPD-Genossen unter sich

Konsumlager in Neu-Salzbrunn

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Ein Mitglied des Betriebsrates des Hauptgeschäftslagers des Konsumvereins in Neu-Salzbrunn vertug sich seit längerer Zeit sehr schlecht mit seinen Parteigenossen. Ob der Grund hierzu das Gebahren der Angestellten oder sonst was war, entzieht sich meiner Kenntnis. Als die Frage der Arbeitsruhe am Ersten Mai zur Debatte stand, protestierte dieser Kollege als einziger gegen den Beschluß, an diesem Tag zu arbeiten, da sich die Arbeiter freiwillig zur Arbeit meldeten. Trotz seines Protestes wurde der Beschluß durchgeführt. Die Arbeiter waren bereits um drei Uhr früh zur Arbeit angetreten. Bis sieben Uhr wurde gearbeitet. Dann beteiligte man sich am Umzug — den Seiltänzerinnen mußte man doch weichen! Nach dem Umzuge wurden die Verkaufsteile geöffnet.

Der fragliche Kollege war der einzige, der am ersten Mai zur Arbeit nicht erschienen war.

Anfang Mai wurde der Kollege unter einem scheinbar begründeten Vorwand mit Zustimmung des Gesamtbetriebsrates — lauter SPD-Genossen — entlassen. Er strengte Klage an. Der Arbeiterssekretär Wilmann — ebenfalls SPD-Genosse — sollte ihn vor dem Gewerbeamt vertreten. Als er aber von seinem Klienten den Sachverhalt über den häuslichen Streit der SPD-Genossen hörte, nahm er seine Mütze unter den Arm und verschwand.

Jedes Wort zum Kommentar hätte die Wirkung abgeköpft. Deshalb: Punkt! Wogen sie doch verkaufen und sich gegenseitig aufressen.

Ein Tag aus dem Leben eines Schuppbeamten

(Von einem Schuppbeamten.)

Nehmen wir einen Montag. Sonntag mittag kam ich von der Wache, 24 Stunden waren herum, da denkt nun jeder, na, da hast Du mindestens 24 Stunden frei. Na, nein, so ist es bei uns nicht. Anschließend habe ich Bereitschaft. Sonntag nachmittags muß ich in der Kaserne bleiben für evtl. Fälle. Montag früh geht es dann los. Unterricht von 8 Uhr vorm. ab, anschließend Exerzieren und war so, wie es früher beim Kommando nicht verrückt sein konnte. Nach einer kleinen Pause kommt dann noch der so viel geliebte Sport: die "Beamtenlaufbahn" (rund um den Kasernenhof). Um 1 Uhr Appell mit Stiefeln, Lederzeug usw. Gegen 2 Uhr kommen wir endlich zum Essen, und da gibt es dann etwas ganz Feines: Kartoffelsuppe mit 3 Kartoffeln und 1 Würstchen. Ich hatte danach noch solchen Hunger, daß ich in die Kantine ging und mir nochmal Mittagessen geben ließ, für 80 Pfennige natürlich. Nachdem ich dieses nun alles gut überstanden habe, habe ich endlich 24 Stunden frei.

Nun müßt Ihr ungefähr, wie fein wir leben.

Bauvorschriften werden nicht eingehalten

Von der Firma Stenzel in Gottesberg

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Die obengenannte Firma führt einen Bau auf der Schützenstraße, Reichen-Häuser, aus. Hier werden alle Sicherheits- und sonstige Bauvorschriften nicht befolgt. Im Kellergehöck fehlen an den Aufgangstufen die Schutzgeländer. Im ersten Stock sind sämtliche Lächer offen und durch nichts geschützt. Ueber einem davon liegt neben einer Bohle eine dreimetrische schwache Schwarte. Ein aus Versehen darauf tretender Arbeiter bricht zweifelsohne durch. Die Aufgangstufen sind zu kurz und stehen einfach auf einer Bohle, was einen Rutsch und den Fall des Arbeiters nach sich ziehen kann. Die Baubude gleicht einem Schweineholl. Darin lagern Werkzeug und Materialien. Ein Anschlag über Unfallverhütungsvorschriften fehlt. Statt einem kompletten Verbandskasten ist nur etwas Matten vorhanden. Das Kailoch ist nicht eingedeckt. Auf dem Bau sind 13 Mann beschäftigt.

Kollegen, laßt Euch das nicht gefallen! Verlangt die Befolgung sämtlicher Bau- und Unfallverhütungsvorschriften! Ihr habt Euer Leben nicht in der Lotterie gewonnen.

Vollversammlung des DDB

Ortsgruppe Sagan.

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)

Am Freitag, den 22. Mai 1925 hielt der Deutsche Betriebsrat Ortsgruppe Sagan, eine Vollversammlung ab. Unserem Vorsitzenden fiel die Begrüßung nicht schwer, denn es waren ja nur sieben Mitglieder erschienen. Es ist sehr beschämend für die Mitglieder selbst, wenn eine so überaus wichtige Vollversammlung, wo als Hauptpunkt die Abänderung der Statuten auf der Tagesordnung stand, so schwach besucht wird. Wir können uns gar nicht klar darüber werden, weshalb die Vollversammlungen nicht besucht werden. Fast erweckt es den Eindruck, als ob der Vorstand das Vertrauen der Mitglieder überhaupt gar nicht besitzt. Mit dieser Vermutung werden wir wohl auch nicht ganz unrecht haben, denn sobald ein jungeres Mitglied einen Antrag stellt, so wird an dem Antrag so lange genörgelt und geknörgelt, bis er weder Kopf noch Fuß hat. Erlaubt sich schließlich gar ein Kommunist, einen Antrag einzubringen, dann heißt es: das geht nicht — das darf ich nicht ausgeben — ich muß mich genau nach den Statuten richten. Es war es auch nicht wieder. Es lag unter anderem ein schriftlicher Antrag vor, in welchem unter anderem der Genosse Karl Geyer als Delegierter zum Verbandstage vorgeschlagen wurde. Vorsitzender Wolf erklärte, daß der Genosse der DDB überhaupt nicht als Delegierter in Betracht käme, denn er ist nach Herrn Wolfs Meinung, noch nicht fünf Jahre Mitglied des Verbandes, obwohl er schon im Januar 1920 in den Verband eingetreten ist. Leider trifft bei unserm Vorsitzenden das Sprichwort zu: Religion gut, Kopfrechnen schwach! Man sieht wieder einmal eine „geistige Blüte“, wie sie zu Wilhelms Zeiten existiert haben — nämlich, jeden wirklichen proletarischen Kämpfer brutal und mit allen nur erdenklichen Mitteln zu Boden zu schmettern. — Eine solche „geistige Blüte“ dürfte ein ehemaliges Vorstandsmitglied namens Roggenbud sein. Dieser „Kollege“ erlaubt sich, in einem sinnlos betrunknen Zustande fortwährend die Versammlung zu unterbrechen und Mitglieder mit allerhand beleidigenden Schimpfworten anzuhöbeln. Unter anderem warf er einem Kollegen vor: Du bist ja bloß als Stellvertreter der DDB hier! und vom Vorstand gependelt sagte er: Sprich nicht so viel, die wollen von Dir bloß lernen! Am rechten wir die Frage an die Arbeiter: Ist das eine Art und Weise, solche erbärmliche, niederträchtige Worte zu äußern, wie es Roggenbud getan hat? Auch er will ein Proletarier ein Klassenkämpfer sein. Wir sagen: Jawohl — er ist ein Klassenkämpfer, aber leider bekämpft er nicht das Kapital, sondern das gewandete Proletariat! Ein Teil der Mitglieder des Betriebsrates temt ja unsern „logisch-demokratischen Diplomaten“ Roggenbud besser und wissen genau, daß er nur in besoffenem Zustande sein wahres Gesicht zeigt und seinen Vorgesetzten immer zu komplizierten Sucht. Wir rufen der Arbeiterschaft der Firma G. Schäfer zu, denn dort arbeitet ja auch Herr Roggenbud, sehr auch euren Arbeitskollegen etwas besser an.

Das Kollektivabkommen für die Uhrenindustrie und die verwandten Industrien erneuert

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Bekanntlich haben die Arbeiterorganisationen aller Richtungen im Februar d. J. die am 7. 2. 1924 vor dem Schlichtungs-Ausschuß getroffene Bestimmung über eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 52 1/2 Stunden pro Woche genehmigt. Der Verband der Uhrenindustrie hat als Antwort darauf das gesamte Kollektivabkommen genehmigt und verlangt, daß eine Anzahl für die Arbeiterschaft sehr wichtiger Bestimmungen in wesentlich verschlechterter Form neu vereinbart werden sollten.

Nach dem Vorschlag des Arbeitgeber-Verbandes sollte es mit der Arbeitszeit wie bisher bleiben. Die Wartezeit auf Urlaubsberechtigung, die bisher mit dem 16. Lebensjahr begann, sollte erst mit dem 17. beginnen. Der Urlaub sollte nach drei und mehr Jahren vier Werktage und nach sechs und mehr Jahren sechs Werktage betragen.

Seither betrug derselbe nach einem Jahr drei, nach drei Jahren sechs und nach sechs Jahren acht Werktage. Ebenso sollten Beheimatete und Arbeitnehmer von 25 und mehr Jahren, wenn sie in einem anderen Betrieb anlangen, erst nach zwei Jahren drei Tage Urlaub erhalten, wenn sie vorher mindestens zwei Jahre in einem Betrieb, der dem K. U. untersteht, beschäftigt waren. Bisher bekamen diese Arbeiter schon nach einem Jahr sechs Werktage Urlaub.

Dann sollte die Ortsklasse 2-3 Prozent und die Ortsklasse 3-6 Prozent gegenüber der Ortsklasse 1 erhalten, während bisher der Abstrich 1 1/2 bzw. 3 Prozent im höchsten Falle betrug.

Diesen Verschlechterungsanträgen der Arbeitgeber hatten die Arbeiter eine Reihe weitgehender Forderungen gegenüber den bestehenden Bestimmungen entgegengesetzt. In der Angelegenheit fanden nun wiederholt zwischen den beteiligten Organisationen lange und außerordentlich schwierige Verhandlungen statt. Es ist gelungen, die Verschlechterungsabsichten der Arbeitgeber zurückzuweisen und darüber hinaus noch einige Vorteile den und darüber hinaus noch einige Vorteile den über den vorher bestehenden Bestimmungen zu erreichen.

Die Frage der Arbeitszeit ist nunmehr in der Weise geregelt, daß jede Arbeitsstunde, die über die 48 Wochenstunde hinausgeht, bis zu 52 1/2 Stunden mit 10 Prozent Zuschlag, alle weiteren Arbeitsstunden nach den tariflichen Zuschlägen (25 und 50 Prozent) bezahlt werden. Beim Urlaub bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Auch die bisher bestehenden Ortsabstriche bleiben bestehen. Das neue Abkommen tritt am 1. Juni 1925 in Kraft. Es ist auch für die Betriebe der Uhrenindustrie in Schlesien (Freiburg) maßgebend.

Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß das Kollektivabkommen in seiner neuen Fassung in den nächsten Tagen erscheint und von den Funktionären aller Arbeiterorganisationen bezogen werden kann. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sollten unbedingt nicht nur im Besitz des Kollektivabkommens sein, sondern dasselbe auch fleißig lesen und studieren, denn nichts ist für den Arbeiter wichtiger als ein genaues Kennntnis seiner Arbeitsbedingungen, unter denen er vertraglich schafft. Er soll nicht nur wissen, welche Rechte und Pflichten er hat, sondern er soll auch jederzeit in der Lage sein, genau feststellen zu können, ob er unrecht behandelt wird und welche Ansprüche er zu stellen hat.

